

KEIN KONSENS ÜBER DEN ATOMKONSENS

Angela Merkel lässt erklären, es bleibe beim Atomausstieg. Edmund Stoiber und andere CSU-Kollegen sagen: „Darüber muss man reden können.“ Und der noch von Rot-Grün beschlossene Atomkonsens lässt längere AKW-Laufzeiten als Ausnahme zu. Vier AKWs könnten betroffen sein

Union heizt Atomstreit an

VON HANNES KOCH
UND NICK REIMER

Der Atomkonsens zur Abschaltung der deutschen AKWs gerät zunehmend in Gefahr. Die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Bayern, Günther Oettinger (CDU) und Edmund Stoiber, sowie Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (beide CSU) setzen sich für den längeren Betrieb der Anlagen ein, die eigentlich bis 2009 abgeschaltet werden müssten.

„Das Ziel ist es, die Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken auszudehnen“, sagte gestern Uwe Köhn, Sprecher der baden-württembergischen Landesregierung. Auch Edmund Stoiber will sich mit dem von Rot-Grün 2000 beschlossenen Atomausstieg nicht zufrieden geben. „Darüber muss man reden können, ohne einen großen Koalitionsstreit heraufzubeschwören“, erklärte er bei der Winterklausur der CSU in Kreuth.

Grüne und SPD hatten 2000 zusammen mit den vier deutschen Atomunternehmen beschlossen, die einheimischen AKWs nach und nach abzuschalten. Bis 2009 sollen vier Kraftwerke vom Netz gehen (siehe unten rechts). Deshalb sorgt die gegenteilige Initiative der Union bei der SPD für wenig Freude. Neben Umwelt-Staatssekretär Michael Müller (SPD) hielt ges-

tern auch Ulrich Kelber, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, dagegen: „Wirtschaftsminister Glos hat seine Rolle noch nicht gefunden.“ Anstatt einen ausgewogenen Energiemix zu unterstützen, wolle der CSU-Politiker schlicht die Atomkonzerne begünstigen. „Die CDU will Teile des Koalitionsvertrages neu verhandeln? Gut: Wir wollen das auch“, reagierte Marco Bülow, Sprecher Erneuerbare Energien der SPD-Fraktion. „Neu verhandelt gehört etwa die Mehrwertsteuer-Erhöhung 2007.“ Diese habe keinerlei ökologische Lenkungswirkung, ihre ökonomische Wirkung sei zweifelhaft.

Damit die Debatte nicht weiter hochkocht, stellte Thomas Steg, Sprecher von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), schließlich klar, dass der Koalitionsvertrag nichts „an Deutlichkeit zu wünschen übrig lasse“. Deshalb könne „die Regelung zum Atomausstieg nicht geändert werden“.

Nun haben die Äußerungen aus dem süddeutschen Raum zum Teil den Sinn, die Anhängerschaft der Union zusammenzurufen. Baden-Württemberg wählt Ende März einen neuen Landtag, und die Trachtenversammlung in Wildbad Kreuth war immer Anlass für schwungvolle Ankündigungen.

Und doch gibt es einen realen Hintergrund für die aktuelle Debatte. Besonders die Energie

Baden-Württemberg AG (EnBW) weist auf ein ganz praktisches Problem hin: Was passiert mit dem Atomkraftwerk Neckarwestheim 1? Laut Atomkonsens muss es etwa im April 2009 abgeschaltet werden, obwohl es guten Profit abwirft. Die EnBW möchte die Anlage länger nutzen und noch dieses Jahr wissen, ob man neue Brennstäbe für die Zeit nach 2009 kaufen soll. Denn die ließen sich nicht von heute auf morgen erwerben, heißt es. EnBW suggeriert Zeitdruck, und so wird der Atomkonsens von einem mittelfristigen Problem, das man auf die lange Bank schieben kann, zu einem kurzfristigen. Wo immer es aussichtsreich erscheint, sind die Lobbyisten des Unternehmens unterwegs.

Früher, als es Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) lieb sein kann, hat er es deshalb mit einer äußerst kniffligen und konfliktträchtigen Frage zu tun. Bisher gibt sich der Minister eindeutig: Er sehe keinen Grund, am beschlossenen Atomkonsens etwas zu ändern. Und doch finden sich gewisse Zwischentöne auch in seinen Äußerungen. Ein „Antrag“ auf Verlängerung der Laufzeiten alter AKWs müsse „die Ausnahme bleiben“, sagte Gabriel im November 2005 in einem Interview mit der *Zeit*.

Tatsächlich haben die Betreiberunternehmen laut Atomkonsens die Möglichkeit, eigentlich

schon überfällige Anlagen länger laufen zu lassen. Einer entsprechenden Ausnahmegenehmigung müssten Angela Merkel, Michael Glos und Sigmar Gabriel zustimmen. Ist es also vorstellbar, dass die Kontrahenten ein Geschäft abschließen: zwei oder drei Anlagen werden bis 2009 abgeschaltet, ein bis zwei bleiben am Netz? „Das ist absoluter Quatsch“, sagt Gabriels Staatssekretär Michael Müller.

Von einer Ausnahmegenehmigung abgesehen, sieht Müller freilich noch eine andere Chance, wie die Atomkonzerne Vattenfall, Eon, RWE und EnBW ihre Interessen an längeren Laufzeiten durchsetzen könnten. Drei der vier fraglichen AKWs könnten „durch Bilanztricks“ zumindest in die kommende Legislaturperiode gerettet werden. Soll heißen: Die Unternehmen legen ein paar Produktionspausen ein, damit die festgelegte Strommenge am Ende der Legislaturperiode noch nicht ausgeschöpft ist. Und nach der Bundestagswahl 2009 ergeben sich vielleicht neue Möglichkeiten, die Anlagen zu retten.

Ökostrom ersetzt Atomkraft

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will den Eindruck erwecken, Erdgas müsse die abzuschaltenden Atommeiler ersetzen. Doch es werden die erneuerbaren Energien sein

FREIBURG taz ■ Die Atomlobby findet immer ihre Gründe für die Nukleartechnik. In den Siebzigern hieß es, die Lichter gehen aus, wenn das Atomkraftwerk Wylh nicht gebaut wird. Es wurde nicht gebaut, und die Lichter blieben trotzdem an. In den Achtzigern sollte Atomstrom gegen das Waldsterben helfen – doch die Entschwefelung der Kohlekraftwerke war effizienter. In den Neunzigern wurde die Atomkraft gegen den Klimawandel positioniert, obwohl sie auch hier als Retter nicht taugt. Und heute soll die Kernspaltung die Abhängigkeit von den Importenergien reduzieren – wobei man still übergeht, dass auch das Uran keine heimische Energie ist.

So sehen im russisch-ukraini-

schen Gasstreit jetzt jene ihre Chance, denen der Atomausstieg stets ein Dorn im Auge war. Wirtschaftsminister Michael Glos und manche seiner Unionskollegen versuchen den Eindruck zu erwecken, die künftig wegfallenden Mengen an Atomstrom müssten durch Strom aus Erdgas ersetzt werden – auf Kosten der Versorgungssicherheit.

Doch es wird nicht das Gas sein, das die Atomkraft ersetzt. Das weiß niemand besser als die Stromkonzerne selbst. Denn nach deren Prognosen werden jene Kilowattstunden, die künftig aufgrund abgeschalteter Atomkraftwerke nicht mehr zur Verfügung stehen, durch den Ausbau der erneuerbaren Energien kompensiert.

Die Fakten: Nach dem Atomkonsens werden in der aktuellen Wahlperiode vier Atommeiler vom Netz gehen. Nach jüngsten Zahlen des Bundesumweltministeriums sind dies im Juni 2008 Biblis A, im April 2009 Neckarwestheim 1 und Biblis B sowie im September 2009 Brunsbüttel. Rund 26 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen diese Reaktoren derzeit. Also gilt es, diese Menge binnen vier Jahren in Deutschland zu ersetzen oder einzusparen.

Und das wird dank Ökostrom gelingen. So zumindest die Prognosen, die der Verband der Netzbetreiber (VDN), eine Organisation im mächtigen Stromversorgerverband VDEW, publiziert. Ausgangspunkt sind rund 45 Milliarden Kilowattstunden, die

im Jahr 2005 in Deutschland aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse erzeugt wurden. Nun schätzt der VDN – und der ist ökologischer Wunschträume unverdächtig –, dass es im Jahr 2009 etwa 69 Milliarden Kilowattstunden sein werden. Das ist ein Plus von satten 24 Milliarden – also etwa so viel, wie durch den Atomausstieg fehlt. Nur am Rande erwähnt sei dabei, dass in der Vergangenheit die Entwicklung der erneuerbaren Energien zu meist noch schneller ging als selbst von ihren Freunden prognostiziert. **BERNWARD JANZING**

Aus Gasstreit wird Atomstreit

BERLIN taz ■ Der ukrainisch-russische Gasstreit hat die deutsche Regierung erreicht. Zum ersten Mal hat die Union gestern den erst neun Wochen alten Koalitionsvertrag in Frage gestellt. „Der Koalitionsvertrag ist das eine, die Zusammenarbeit über eine längere Wegstrecke das andere“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Glos spielt dabei auf die Nutzung der Atomenergie an. „Man darf sich nicht aus einer Zukunftstechnologie zurückziehen“: Mit solchen Sätzen hatte Glos den beschlossenen Atomausstieg immer wieder in Frage gestellt. Das findet zunehmend Beifall: Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) warnt jetzt auch vor dem Ausstieg. Und CSU-Chef Edmund Stoiber will, dass das Thema bei der

Klausur des Bundeskabinetts Anfang kommender Woche behandelt wird.

Nicht ohne die gewünschte Wirkung: Der SPD-Umweltflügel schäumt. „Herr Glos sollte wissen, wann eine Schlacht verloren ist“, erklärte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. Für die SPD sei das Thema abgeschlossen. Michael Müller, parlamentarischer Umwelt-Staatssekretär, nannte den Unions-Vorstoß „Unsinn“. AKWs würden Strom erzeugen, Erdgas aber werde zu fast 90 Prozent verheizt. Müller: „Atomkraft ist deshalb keine Ersatzenergie für Gas“.

Das Gas fließt wieder

Weit weniger hitzig ging es gestern im eigentlichen Streit zu: Vertreter der Staatskonzerne Naftogas (Ukraine) und

Gazprom (Russland) trafen sich gestern in Moskau, um den Konflikt zu entschärfen.

„Das ist eine ermutigende Nachricht“, kommentierte Andris Piebalgs, der für Energiefragen zuständige EU-Kommissar. Piebalgs ist Lette – und als solcher nicht ganz fremd im Beurteilen der Moskauer Großwetterlage.

Am deutlichsten fiel gestern die Entspannung bei den deutschen Gasimporteuren aus: Die russischen Lieferungen nach Deutschland haben am Dienstag wieder das normale Niveau erreicht. Große deutsche Ferngasimporteure wie Eon Ruhrgas, die ostdeutsche Verbund-

netz Gas AG oder WINGAS meldeten zu 100 Prozent erfüllte Lieferverträge. Auch in Frankreich, Österreich, Kroatien, Rumänien, der Slowakei und Italien stabilisierte sich die Versorgung. Teilweise war dort nach Neujahr fast ein Drittel weniger angekommen als vertraglich vereinbart.

Unklar bleibt weiterhin der Grund für den zeitweiligen Druckabfall in den Pipelines: Gazprom beschuldigte erneut Kiew, die Leitungen illegal angezapft zu haben. Eine Lüge, hieß es in der Ukraine. **REN!**